



João Pedro Stedile: "Wir müssen die Arbeit an der Basis wieder aufnehmen"

Im Interview spricht João Pedro Stedile, eine der Führungspersonen der Landlosenbewegung MST, über die nächsten Schritte der Linken nach dem Wahlsieg von Jair Bolsonaro.



Stedile bekräftigt die Notwendigkeit, die Linke zu vereinen und populäre Komitees gegen den Faschismus zu gründen. (Foto: Rafael Stedile)

"Wir kommen aus diesem Prozess vereint hervor, mit organisierter Kraft und Kapazität, um gegen diesen faschistischen Angriff Widerstand zu leisten" so João Pedro Stedile vom Bundesvorstand der Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen Ende Oktober diesen Jahres.

Kurz nach dem Sieg des ultrarechten Kandidaten Jair Bolsonaro (PSL, Partido Social Liberal) betont Stedile, dass der politische Sieg, trotz Wahlniederlage, auf der Seite des progressiven Lagers liege, welches in den Wochen vor der Wahl zu einer starken Einheit zusammengewachsen sei. Nach

Meinung der MST-Führung wird die Regierung Bolsonaro, die am ersten Januar 2019 das Amt übernimmt, durch ihren faschistischen Charakter der von Pinochet in Chile sehr ähneln.

Im Interview mit **Radio Brasil de Fato** spricht Stedile über die Spaltung in der brasilianischen Gesellschaft, die möglichen Entwicklungen nach der Amtsübernahme Bolsanoros, Versäumnisse der Linken sowie die Herausforderungen für progressive Kräfte im Land:

Brasil de Fato: Was kann man den mehr als 46 Millionen Menschen erzählen, die für Fernando Haddad von der Arbeiterpartei PT gestimmt haben, der von der MST unterstützt wurde?

Stedile: Wir befinden uns noch in der Hitze der Wahlergebnisse und müssen jetzt vor allem Gelassenheit aufbringen, um den Kontext des Kampfes zwischen den Klassen zu verstehen und uns nicht durch dieses Ergebnis geschlagen zu geben. Obwohl Bolsonaro durch die Wahl legitimiert wurde, bedeutet das nicht, dass er von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurde. Es gibt einen sehr hohen Nichtwähleranteil, nämlich 31 Millionen Menschen. Haddad hatte 45 Millionen Stimmen. Das ergibt schonmal 76 Millionen Brasilianer*innen, die nicht Bolsonaro gewählt haben.

Folglich ist die brasilianische Gesellschaft gespalten. Was ich schon in vorangehenden Meinungsumfragen beobachten konnte ist, dass diejenigen, die Haddad unterstützten, weniger verdienen, nämlich zwischen zwei und fünf Mindesteinkommen und eher einen niedrigeren Bildungsstand aufweisen. Und die Reichen und Wohlhabenden stimmten natürlich für Bolsonaro.

Außerdem gab es deutliche Unterschiede zwischen den geografischen Regionen. Schauen wir uns einmal eine Karte Brasiliens mit den gewählten Gouverneur*innen an. Zwischen Pará und Espírito Santo haben zwölf progressive Kandidat*innen aus den sozialen Bewegungen gewonnen. Der Nordosten und jener Teil Amazoniens sind Hochburgen des Widerstands, was deutlich zeigt, dass dieser Teil der Bevölkerung nicht den faschistischen Vorhaben von Bolsonaro folgen will.

Und schließlich - als kurze Bilanz- brachte die letzte Woche, trotz der Wahlergebnisse, den politischen Sieg der Linken und der sozialen Bewegungen. Es gab unzählige Kundgebungen aller organisierter Kräfte: Gewerkschaften, Intellektuelle, Studierende, Universitäten.

Noch nie in der Geschichte Brasiliens gingen über 500.000 Frauen in 360 Städten auf die Straße um zu sagen: "Ele não - Er nicht" und "Nein zum Faschismus". Deswegen glaube ich nicht, dass wir eine politische Niederlage erlebt haben. Wir haben eine Wahlniederlage erlitten, aber wir kommen

aus diesem Prozess vereint hervor, mit organisierter Kraft und Kapazität, um gegen diesen faschistischen Angriff Widerstand zu leisten.

Trotz den Wichtigtuer*innen um Bolsonaro wissen wir, dass die Institutionen Grenzen setzen. Er sagt, er habe die Absicht die MST und MTST (Wohnungslosenbewegung) als Terrororganisationen einzustufen. Sehen Sie die Möglichkeit, dass das wirklich geschieht?

Ich glaube, dass die Regierung von Bolsonaro sehr ähnlich dem sein wird, was die Regierung Pinochets in Chile war. Nicht darin, wie sie an die Macht kam, sondern in ihrem faschistischen Charakter. Es handelt sich um eine Regierung, die sich der Unterdrückung, Abschreckung und Drohung bedienen wird. Das wird reaktionäre Kräfte, die schon jetzt in der Bevölkerung schlummern, freisetzen. Gleichzeitig wird er durch ein neoliberales Programm versuchen, dem Kapital totale Freiheit einzuräumen. Diese Gleichung wird allerdings nicht aufgehen, da sie weder für sozialen Zusammenhalt sorgt, noch die fundamentalen Probleme der Bevölkerung löst.

Brasilien durchlebt eine große wirtschaftliche Krise, die der Ursprung dieses Prozesses ist. Seit 2012 wächst das Land nicht mehr. Und wenn das Land nicht wächst und keine neuen Reichtümer produziert, verschärfen sich die sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Probleme.

Mit seinem ultraliberalen Programm, in dem er nur die Interessen des Kapitals verteidigt, kann er vielleicht den Banken helfen, weiterhin Gewinne einzufahren. Er kann den transnationalen Unternehmen helfen, auch noch den Rest von dem zu rauben, was wir hier haben. Da er damit aber nicht die realen Probleme der Bevölkerung lösen kann - die der Beschäftigung, des Einkommens, der Arbeiter*innenrechte, der Rente, des Landbesitzes und der Behausung - werden die Widersprüche nur verstärkt.

Dadurch wir ein soziales Chaos entstehen, das es den sozialen Bewegungen ermöglicht wieder in die Offensive zu gehen - mit der Mobilisierung der Massen. Was uns dann schützen wird, neben der Verfassung - die Bolsonaro nicht besonders respektieren wird - ist, nicht ins Versteck zurück zu rennen. Was uns schützen wird, ist die Fähigkeit, die Bevölkerung zu vereinen und ihre Kämpfe zur Verteidigung ihrer Rechte und Verbesserung ihrer Lebensstandards fortzusetzen. Diese Massenmobilisierungen werden die Aktivist*innen und Amtsträger*innen schützen. Wir werden nicht davor zurückschrecken. Die Widersprüche, die sie hervorrufen, sind um einiges größer als Bolsonaros Möglichkeiten der straffreien Unterdrückung.

Es gibt da noch einen anderen Kampf, der mit den Wahlen in Verbindung steht, aber seit Beginn der Wahlkampagne in den Hintergrund gerückt ist: Die illegale und ungerechte Haftstrafe des

Ex-Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva. Was für eine Perspektive gibt es hier für die sozialen Bewegungen?

Wir alle haben in dieser Zeit mitverfolgt wie Präsident Lula vom Kapital und durch eine Judikative, die deren Interessen verknechtet ist, gekidnappt wurde. Er wurde illegalerweise festgenommen. Es gibt viele - nicht nur Politiker, sondern gewöhnliche Bürger - die sich dafür einsetzen, dass die Verfassung befolgt wird, die eine Inhaftierung erst erlaubt, wenn alle Instanzen durchlaufen sind.

In dem Fall Lula fehlen noch Urteile von zwei Berufungsgerichten: dem STJ - (Superior Tribunal de Justiça, Oberster Gerichtshof) und dem STF (Supemo Tribunal Federal, Oberstes Bundesgericht). Als er sich als Präsidentschaftskandidat meldete, wurde Lula nicht zugelassen. Weitere 1.400 Kandidaten durften unter den gleichen Bedingungen an der Wahl teilnehmen, aber ihm wurde es verboten. Obendrein verbot man ihm zu sprechen (mit den Medien) während jeder Bandit aus dem Gefängnis ein Interview bei Globo (Brasiliens größtem Medienkonglomerat, Anm. der Übersetzer*in) geben darf. Es gab diesen einen berühmten Fall des Ex-Torwarts von Flamengo, der jeden Tag aus dem Gefängnis raus bei Globo auftrat. Aber Lula verbot man zum Volk zu sprechen. In Wahrheit weiß jeder, dass Lula als größter Anführer die Fähigkeit besitzt, viele Kräfte zusammenzubringen und die Debatte auf die Diskussion des Projekts zu lenken. Es ist deutlich zu erkennen, dass Teile von Lulas Wählerschaft von einer Lügenkampagne irregeführt wurden und letztendlich für Bolsonaro stimmten.

Die sozialen Bewegungen und die Linke stehen jetzt einer großen Herausforderung gegenüber: Popularkomitees in ganz Brasilien zu organisieren, eine echte Massenbewegung zu koordinieren und eine internationale Kampagne zu organisieren, die sich für eine Freisprechung Lulas und dessen Nominierung zum Friedensnobelpreis ausspricht, wie unter anderem auch vom Nobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel gefordert wird.

Es wird eine riesige Aufgabe sein, diese Komitees zu organisieren und den Kampf um die Kampagne in einen Kampf des Volkes zu verwandeln. Natürlich gibt es auch andere Probleme, die wir von der Linken und den sozialen Bewegungen in der kommenden Legislaturperiode angehen müssen, um unsere Kräfte zu vereinen. Wir müssen die Frente Brasil Popular (Volksfront Brasilien) und die Frente Povo sem Medo (Bündnis des Volkes ohne Angst) umgestalten und, wer weiß, vielleicht vereinen wir uns alle in einer antifaschistischen Front für die Demokratie.

Das könnte ein noch stärkeres Instrument sein als die Frente Brasil Popular. Es wird noch viel zu kämpfen geben. So ist der Klassenkampf. Er ähnelt sehr einem Fußballspiel in einem großen Turnier.

An einem Sonntag gewinnt man, an dem nächsten verliert man. Aber das Wichtigste ist es, Kräfte zu sammeln und die Bevölkerung zu organisieren. Das wird die Kräfteverhältnisse verschieben.

Wie geht die Linke aus diesem Gefecht hervor? Die Parteien, die Bewegungen und Fernando Haddad selbst?

Ich war persönlich involviert, sowie unsere Bewegung und die Frente Brasil Popular und was wir in den letzten zwei Wochen sehr deutlich gesehen haben, ist ein neue Bewertung, eine neue Interpretation dessen, was in Brasilien gerade passiert. Viele Menschen sind ganz unabhängig von Parteien und Bewegungen auf die Straße gegangen. Mit anderen Worten: Die Energie in der Gesellschaft existiert und wir werden es schaffen, dem Faschismus die Stirn zu bieten.

Wir dürfen jetzt nicht dem Reduktionismus des Parteilebens verfallen oder darüber spekulieren, was mit dem einen oder dem anderen passiert. Es geht hier nicht um Personen. Beim Klassenkampf geht es um Klassen und deswegen wird die Dynamik des Klassenkampfes die Kräfteverhältnisse verändern und die Probleme der Bevölkerung lösen. Inmitten dieses Klassenkampfes werden neue Anführer*innen und Referenzen aufkommen. Wir dürfen uns nicht an diese Deutungen klammern.

"Haddad tritt 2022 erneut an", "Ciro tritt erneut an". Ciro Gomes hat mit seiner Moral im ersten Wahlgang sehr gut abgeschnitten, schmiss diese Moral aber komplett in den Müll, indem er sich nicht in die politische Auseinandersetzung des zweiten Wahlgangs einmischte. Ciros politische Lebensdauer währte drei Wochen. Genau so funktioniert Klassenkampf.

Ich glaube, dass die Linke und die sozialen Bewegungen, die sehr spezifische Anliegen haben - Frauen, Wohnen, Land und gewerkschaftliche Organisierung - in Ruhe kritisch reflektieren müssen und dann unsere historische Agenda der Arbeiterklasse wieder angehen, um den Herausforderungen des Lebens und der Geschichte entgegenzutreten.

Während dieser Kampagne wurde klar: Wir müssen die Arbeit an der Basis wieder aufnehmen. Mano Brown (bekannter brasilianischer Rapper, Anm. der Übersetzer*in) sagte das schon und er behielt recht. Hätten wir die Geduld gehabt in den sechs Monaten des Wahlkampfes, in den Außenbezirken, wo die armen Teile der Bevölkerung leben, von Haus zu Haus zu gehen, wäre die Wahl, glaube ich, anders ausgegangen. Die Menschen verstehen, aber es geht niemand dorthin, um mit ihnen zu sprechen.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Kräfteverhältnisse nicht durch öffentliche Reden und nicht durch Whatsapp-Nachrichten verändert werden. Um die realen Probleme der Bevölkerung

zu lösen, müssen wir die Arbeiterklasse mobilisieren und koordinieren, um eine Massenbewegung

auf die Beine zu stellen.

Wenn es an Arbeit mangelt, müssen wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Wenn Flüssiggas zu teuer

ist, müssen wir dafür kämpfen, dass es günstiger wird. Das bedarf einer Massenbewegung. Ebenso

hat die Linke die politische Bildung aufgegeben. Die Bevölkerung ließ sich von den Lügen der

Bolsonaro-Kampagne auf Whatsapp täuschen. Und warum? Weil es kein politisches Verständnis gibt,

um darüber zu urteilen, was eine Lüge ist und was Teil des Spiels. Das löst sich nur durch politische

Bildung, die die Bevölkerung mit dem nötigen Wissen und Urteilsvermögen ausstattet, um für sich

selbst zu entscheiden und von niemandem Anleitung zu verlangen.

Außerdem müssen wir diese wunderbare Arbeit, die ihr von Brasil de Fato leistet, ausweiten - mit

Radio, Zeitungen, Magazinen und online - um die Massenmedien zu stärken. In der Tat ist das

Fernsehen in der Meinungsbildung nicht weiter wichtig. Deswegen müssen wir unsere eigenen

Kommunikationsmittel schaffen. Jetzt ist der perfekte Zeitpunkt.

Letzten Endes müssen wir eine neue Debatte in den Mittelpunkt rücken: die über ein unabhängiges

Projekt für eine gleiche und gerechte Gesellschaft. Da diese Kampagne sich um Lügen und den

Kampf gegen Lügen drehte, wurde nicht über strukturelle Vorhaben für das Land diskutiert. Jetzt

müssen wir diese Debatte wieder aufnehmen und in den kommenden Monaten und Jahren eine

Einheit der Bevölkerung um dieses Vorhaben bilden. Ein Programm mit Lösungen für das Volk, denn

von der anderen Seite, der Regierung, wird das nicht kommen.

Originalartikel vom 28. Oktober 2018:

https://www.brasildefato.com.br/2018/10/28/joao-pedro-stedile-nos-temos-que-retomar-o-trabalho-

de-base/

Übersetzung: Svea Franz

Korrektur: Constanze Lemmerich

Dieser Text ist Teil eines regelmäßigen Newsletters der FreundInnen der brasilianischen Landlosenbewegung MST e.V.

und treemedia e.V.

Kontakt: amigas@mstbrasilen.de